

Maler-Zeitung

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 24

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 11. Juni 1921

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Non-
pagellzeile oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Zur 17. Generalversammlung unseres Verbandes.

In Frankfurt a. M. tritt unser Verbandsparlament vom 18. bis 18. Juni nächsten Beratungen zusammen. Denn ist auch der Weltkrieg bereits seit nahezu Jahren beendet, so sind die uns umgebenden Verhältnisse doch noch bitter ernst, trübe ist die Zukunft, der wir entgegengehen. Noch reben in den süßlichen Adidistrien Kanonen und Maschinengewehre, noch ist die Gefahr der Losreißung und Befreiung deutscher Gebiete keineswegs überwunden; jede Stunde kann neue politische Verwicklungen und neue kriegerische Konflikte bringen. Dem völligen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und den daraus am meisten für die Vätergeneration entstehenden Folgen sind wir noch lange nicht entronnen; immer wieder erhebt sich die Reaktion, um, unterstützt von allen Gegnern, auch des heftigsten sozialen Fortschrittes bis herab zum letzten Kleinunternehmer, zu überrollen, was ihnen an politischen Vorrechten und wirtschaftlichen Einflüssen verloren worden ist.

Auf unserer Verbandstage wird Rückschau gehalten werden auf die Tätigkeit unserer Organisation und deren Erfolge seit der Generalversammlung zu Würzburg im Juni 1919. Es gilt aber auch festzulegen, was ferner geschehen muß, um die noch bevorstehenden Aufgaben zu meistern und vorwärtszutreiben den uns schwebenden besseren Zeiten zu.

In Würzburg waren die Verhältnisse noch unsicherer und vor allem gefährlicher als jetzt. Gerade in jenen Tagen erlebte die Welt Stunden größter Bewegung. Deutschland mußte sich entscheiden, ob das Versailler Friedensverbot unterschrieben werden sollte. Annahme oder Ablehnung konnten gleich schlimme Konsequenzen bringen. Und wie tief die Unklarheit der politischen Zustände und revolutionären Ereignisse die Geister durchwühlte, zeigten damals die tagelangen Beratungen über unsere bisherige und zukünftige Taktik. Es wurden einschneidende Beschlüsse vorgenommen, ohne daß indes an dem Prinzip unserer schon früher vertretenen gewerkschaftlichen Auffassung gerüttelt wurde. Man war sich genug, sich nicht festzulegen in Fragen, die erst die Zeit ausreifen mußte, so uns die Freiheit der Bewegung zu lassen, die im offenen Kampfe stets den meisten Erfolge im Angriff und in der Abwehr verspricht.

Seit Würzburg hat unser Verband eine erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Von 34 000 Mitgliedern damals sind wir jetzt auf 55 000 angewachsen; immer noch vorhandenen schlechten Geschäftsganges im Malergewerbe. Aber unsere finanzielle Wehr ist kräftiger geworden. Statt 825 000 M. am Anfang 1919 besitzen wir jetzt 3 564 000 M. Verbandsvermögen; davon 873 000 M. in Filialen. Eine recht nennenswerte Summe, aber immerhin keineswegs groß genug, um es zuzulassen, daß wir uns in Sorglosigkeit wiegen. Zwei große Wehrreformen, beschloffen vom Vorstand und Beirat, weil es die Verhältnisse gegen und sanktioniert von dem weitaus größten Teil der Mitglieder, weil sie die Zeiten der Zeit zu deuten mußten, haben uns aktionsfähig erhalten. Und die vergangenen Erhöhungen der verschiedensten Unterstützungen haben die Anhänglichkeit der Kollegen an unsern Verband und damit dessen Werbekraft erhöht. Zahlreiche Lohnbewegungen begünstigten die Existenzverhältnisse unserer Mitgliedschaft und Vorstöße gegen Berufs- und soziale Schäden ergänzten unsere Tätigkeit. Wir förderten die Interessen der Arbeiter und unserer Kollegen, wo hierzu nur die geringste Gelegenheit bot.

So sehen wir denn der Kritik in Frankfurt entgegen mit dem Gefühl, unsere Pflicht getan und all das durchgeführt zu haben, was die in unserer Mitgliedschaft und unserer Organisation aufgespeicherte Kraft angesichts der entgegengesetzten Mächte der verschiedensten Art möglich machte. Dennoch, leben nicht in einem Zustand, der eine Versöhnung, das heißt eine Beseitigung der Klassen, erhoffen ließ, darum gelten weiter wie bisher die harten Gesetze des Kampfes auch für unsere Tätigkeit.

Wir hätten noch mehr erreichen können, wenn nicht unsere Gewerkschaften Objekt von Leuten und politischen Organisationen gemacht worden wären, die da vermeinten, gewissermaßen über Nacht eine neue Gesellschaft errichten zu können. Der Streit um den kürzesten und gangbarsten Weg zu dem uns allen schwebenden Ziele nahm die heftigsten und bedenklichsten Formen an, so daß zeitweise die Gefahr schwerster Erschütterungen und gefährlichster Spaltung der Gewerkschaften greifbar nahe gerückt erschien. Wir sind allerdings hiervon nur wenig berührt geblieben und einige vom Vorstand ausgesprochene Warnungen scheinen genügt zu haben, um die Freunde des Eintrages des parteipolitischen Meinungsstreites in Gewerkschaften zur Vorsicht und Zurückhaltung zu veranlassen. Unser Verband muß völlig unabhängig sein gegenüber allen parteipolitischen und religiösen Gruppen; unsere einzige maßgebende Instanz muß unsere Generalversammlung sein. Ihrem Willen und den uns umschließenden harten Tatsachen beugen wir uns, aber keinem Rate einer Person oder Partei oder irgendeiner andern Korporation. Es war keine leichte Aufgabe, in diesen unruhigen, von Not und Haß erfüllten Zeiten das Leben unseres Verbandes unversehrt an den immer neu auftauchenden zahllosen Gefahren vorüberzuführen.

Reichhaltig ist die Tagesordnung, die der Erledigung durch unsere Delegierten harret, und wichtig sind die Probleme, die darin anklängen. Nach gewohnter Art wird schon die Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorstandes, die diesmal hoffentlich nicht wieder, wie in Würzburg, auf Kosten der eigentlichen Tagesordnung drei Tage in Anspruch nehmen wird, alle Fragen berühren, die unsere Tätigkeit erfaßt. Deshalb ist es auch zweckmäßig, dahinter das Referat unseres Vorstehenden über die „Aufgaben unserer Organisation in Gegenwart und Zukunft“ folgen zu lassen. Es wird dabei sehr wohl möglich sein, die verschiedenen Spezialfragen, die anschließend besonders erörtert werden sollen, nur nebenher, mehr von der rein prinzipiellen Seite zu behandeln. In der zu Punkt 3 vom Vorstand eingereichten Resolution ist dessen Auffassung über das Ziel und die Art unseres gewerkschaftlichen Strebens angedeutet, und mit der Entscheidung hierüber sind wichtige Fragen, wie die, ob die Gewerkschaften sich bestimmten politischen Parteien unterordnen, ob sie sich zu putschistischen Aktionen mißbrauchen lassen und auf die zur Pflege sozialen Empfindens und solidarischen Handelns ebenso notwendigen, wie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der organisierten Arbeiterschaft unentbehrlichen Unterstützungseinrichtungen verzichten sollen (zum mindesten solange der Staat seiner Pflicht, für Arbeitslose, Kranke, Invalide auszureichen zu sorgen, nicht restlos nachkommt), erledigt.

Großes Interesse werden die Referate des Stadtbaurats Dr. Wagner über die Sozialisierungsbemühungen im Baugewerbe, des Landesgewerbearztes Dr. Koelsch, München, über die Bleischäden im Malergewerbe unter dem Gesichtswinkel des Arztes und des Gesetzgebers finden. Gerade diese Frage ist jetzt hochaktuell, weil im Oktober dieses Jahres auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf über das Verbot des Bleiweißes bei Anstreicherarbeiten verhandelt werden soll. Wir hoffen, den Delegierten in Frankfurt eine von uns verfaßte eingehende Denkschrift hierzu überreichen zu können.

Die Pflege des Lehrlingswesens in sozialer und beruflicher Hinsicht ist in den letzten Jahren für uns immer notwendiger geworden. Darum haben wir dieses Gebiet unserer Tätigkeit seit Würzburg eifrig bearbeitet, indessen unsere Arbeitgeber in großer Angst leben, daß sie auch hier ihr angemessenes Alleinbestimmungsrecht einbüßen könnten, wie einst das Bestimmungsrecht über die Arbeitsverhältnisse der Gehilfen. In Frankfurt wird der Kollege Peter Mehrens, der Leiter unserer recht erfolgreichen Frankfurter Jugendabteilung, jetzt Schüler unseres Verbandes an der dortigen Arbeiterakademie, über diese Frage referieren und damit jedenfalls die Einleitung für eine hoffentlich recht erspriessliche, viel Anregungen vermittelnde Aussprache geben.

Als besonders wichtig wird aber auch in weiteren Kollegenkreisen die Frage der Verschmelzung sämtlicher dem Baugewerbe zuzählender Arbeiterverbände unter größtmöglicher Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Berufsgruppen betrachtet. Darum wird natürlich an Hand des Berichtes über den Stand dieser Angelegenheit, über die darüber stattgefundenen Verhandlungen und die in Aussicht gestellten Rechte und Pflichten für die einzelnen Mitglieder und für die mehr oder weniger abweichende Berufsinteressen verfolgenden Branchen eingehend beraten werden. So einfach, wie sich mancher unserer Kollegen die Angelegenheit vorstellt, liegt sie bei genauerem Zusehen allerdings nicht und je gründlicher deshalb und von rein sachlichen Betrachtungen ausgehend dies Thema behandelt wird, desto sicherer wird die Entwicklung zu größerer Zentralisation zur rechten Zeit die gewünschten Konsequenzen auslösen; nur dann aber werden auch etwa eintretende Nachteile durch bestimmte Vorteile übertroffen werden. Nirgends mehr als bei dieser praktischen Frage der besseren Organisationsform könnten hastende Oberflächlichkeit und bequeme Rechnungssträgeri recht unangenehme Rückschläge herbeiführen.

Anträge zum Statut liegen verhältnismäßig wenig vor. Es scheint, als herrsche allgemein die Ansicht, daß man am richtigsten den bestehenden Beitrag erst einmal praktisch wirken lassen solle. Und unsere seit Mai 1920 bedeutend vereinfachten Unterstützungseinrichtungen scheinen auch nicht das Bedürfnis zu vielen Abänderungen und damit zu erneuten Komplizierungen hervorzurufen. Verschiedene Anträge werden sehr wohl berücksichtigt werden können, andere werden sich als undurchführbar und unzweckmäßig, ja sogar als schädlich erweisen.

Wir sehen als ganz selbstverständlich voraus, daß die Diskussionen in Frankfurt vom Geiste echter Kollegialität und größter Sachlichkeit getragen sind und daß unsere Generalversammlung ein ernstes Gelöbnis für unsere gewerkschaftlichen Grundsätze und für die Planmäßigkeit unserer Kampfführung ablegt. Deshalb wird sie sich entschieden auf den Boden der Amsterdamer Internationale stellen, der einzigen internationalen Organisation der Arbeiter, die gegenwärtig aktionsfähig ist, und die praktischen Sinn mit zielbewusster Tätigkeit für die uns heilige Sache des Sozialismus vereint.

So entbieten wir denn unsern Verbandsdelegierten in diesem Sinne ein herzlich willkommen in Frankfurt.

geklärt, da die Urlaubsfrage nicht geregelt war. Die Vereinigung Münchner Schildermalerbetriebe forderte wohl einen Tarifvertragsentwurf ein, erklärte jedoch nachträglich, in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertragsentwurf nicht einzutreten; sie sei lediglich bereit, den alten Tarifvertrag weiter anzuerkennen. Der von unserer Organisation angerufene Schlichtungsausschuß Dr. St. kam in seiner Sitzung vom 28. Februar 1921 zu keinem Entscheid. Am 21. März 1921 tagte hierauf, nachdem auf Wunsch der Arbeitgeber eine neuerliche Terminverschiebung stattgefunden hatte, derselbe unter dem Vorsitz des Herrn Brückner vom Landesvereinigungsamt weiter. Hier wurden in verschiedenen Fragen Vergleichs abgeschlossen; in der Urlaubsfrage jedoch mußte, da die Arbeitgeber nach wie vor nicht entgegenkamen, ein Schiedsspruch gefällt werden, der den im Betriebe Beschäftigten einen Urlaub von 3 bis 6 Tagen zuspricht. Das lag näher, als anzunehmen, daß dieses minimale Zugständnis an Urlaub von den Arbeitgebern angenommen würde, um so mehr, als nach eigener Aussage die Arbeitgeber auf ein patriarchalisches Verhältnis, „wie dies früher bestand“, sehr viel Wert legen. Sie lehnten aber den Schiedsspruch ab, trotzdem in sämtlichen ähnlich gelagerten Gewerben der Urlaub zum Teil in der doppelten Zahl der Urlaubstage längst eingeführt ist. Ebenso erging es einer Forderung von Lohnerhöhung, wo sie es ablehnten, in Verhandlungen einzutreten. Die Kollegen haben aus dem Verhalten der Arbeitgeber die sich ergebenden Konsequenzen gezogen. Das moralische Recht liegt voll auf Seiten der Streikenden. Zugang ist fernzuhalten!

Aus unserm Beruf.

Darmstadt. (Jahresbericht.) Noch immer leidet die Menschheit unter den Geißeln der Kriegsfolgen und ist noch kein Ende abzusehen bis die Einsicht siegt und die Arbeiterchaft einig und entschlossen ihren Willen zum Ausdruck bringt. Aus der Gefangenschaft lehrten im Anfang des Jahres noch 12 Kollegen zurück, während noch 2 als im Kriege gefallen gemeldet wurden. Weiter hat der Tod uns noch 6 Kollegen entzissen, bis auf einen waren sie im besten Mannesalter. Ehre ihrem Andenken! — In Beginn des Jahres wurden besonders die Arbeiten der Bauarbeiterkommission weiter betrieben und gelang es nach vielen Bemühungen, eine Verordnung der Regierung herauszubringen, die am 7. September in Kraft trat. Infolgedessen wurde dann im Januar 1921 der erste Kontrollleur aus Arbeiterkreisen angestellt. Am 22. Januar beschloß der Vorstand der Gewerbeschule, dem Kollege Gütsch angehört, die Errichtung einer Fachklasse. Als Lehrer wurden für den praktischen Teil H. Nover und für den theoretischen Teil Karl Keller bestellt. Der Unterricht begann am 26. Januar und endete mit dem Monat März. (1921. kam kein Kursus zustande, denn die Herren Meister konnten nur 2 Lehrlinge zur Anmeldung bringen; das nennt man Hebung des Handwerks, Förderung der Qualitätsarbeiten usw.) Wiederholt wurden Beschwerden bei der Gewerbeinspektion erhoben, weil verschiedene Unternehmer sich nicht an die gesetzlichen Vorschriften gewöhnen können.

Die Wahlen zum Betriebsrat respektive der Obmänner gingen glatt vorstatten, bis auf eine Firma, bei der die Wahl nachträglich stattfand. Vor dem Schlichtungsausschuß kamen 2 Fälle zum Austrag für Orte, die nicht im Tarifvertrag sind. Es wurde unsern Anträgen stattgegeben. Die Verkehrszeit der Eisenbahnzüge war recht unpassend; mancher Kollege mußte täglich einige Stunden unnötiger Zeit opfern. Dies ist nun geändert worden durch gemeinsames Vorgehen mit den Unternehmergruppen unter Leitung der Handelskammer. Auf Einladung der Arbeitgeber fand am 6. Oktober eine gemeinsame Besprechung statt wegen des Submissionswesens, der Preisbildung usw. Die Sache war zunächst informativ gedacht. Wir sagten unsere Mitarbeit zu, hörten dann aber nichts mehr davon. Ein Bensheimer Unternehmer erklärte seinem Lehrling, der wie sein Vater organisiert ist, wenn er bis Montag keine Bescheinigung vorzeigen könne, daß er aus dem Verband ausgetreten, brauche er nicht mehr zu kommen. Der Lehrling verzichtete

auf die weitere „Ausbildungstätigkeit“ dieses Meisters. In dem gleichen Städtchen erklärten die Unternehmer bei jeder Lohnforderung, daß sie nicht mehr zahlen können, dann lasse die Kundschaft nichts mehr machen. Wir waren aber in der Lage, nachzuweisen, daß die Preise höher sind, zum Teil bis zu 100 %, als in Darmstadt, und der Stundenlohn 1 M niedriger. Also ist es eine Unwahrheit, mit der man unsere berechtigten Forderungen bekämpft. Im Herbst hatten wir wieder einen Antrag auf Lohnerhöhung gestellt, der wieder mit den gleichen Einwänden bekämpft wurde. Da griffen die Kollegen zur Selbsthilfe, indem sie sich um die Arbeiten dreier neuer Häuser, die die Gemeinde errichten ließ, bewarben. Das Submissionsergebnis unter Zugrundelegung anständiger Preise war, daß unsere Kollegen 12 000 M weniger forderten als die vereinigten Meister, die von dem Vorgehen der Gehilfen keine Abnung hatten. Das wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel, zumal das Bauamt bereit war, unsern Kollegen die Arbeit zu übergeben. Es kam zu Verhandlungen. Die Unternehmer erklärten sich bereit, den Lohn wie im übrigen Baugewerbe zu zahlen, und die Kollegen traten von ihrem Angebot zurück. In allen Baustellen wurden die Löhne während einige Meister es als ganz selbstverständlich betrachteten, die Löhne zu erhöhen, lebten andere jede Erhöhung ab. Das Jahresergebnis ist, daß zwischen 5,05 M und 4,35 M Stundenlohn gezahlt wird. Erwähnenswert ist es, wenn ein oder mehrere Söhne noch im Geschäft sind. In solchen Fällen erklären die Herren selbstbewußt, daß sie keinen Gehilfen mehr brauchen und sie ihre Arbeit selbst machen. In Darmstadt mit Oberstadt, Pfungstadt, Griesheim und Arheilgen wurde der Lohn viermal erhöht und stieg von 2,50 M auf 5,75 M. Trotz der Lohnerhöhung war der Geschäftszug nicht schlecht, für mehrere Geschäfte sogar gut. Es muß doch mit dem Verdienst von der Arbeit ganz anders sein, als man den Gehilfen gegenüber stets klagt, denn einige „Meister“, die 2 bis 3 Gehilfen beschäftigen, halten es nicht für nötig, selbst mitzuarbeiten, und leben dabei mit ihrer Familie gar nicht schlecht. Am Holzhauserstreik waren 11 Kollegen beteiligt, beim Streit Opel ebenfalls 11 Kollegen. An Arbeitslosenunterstützung wurden 5882,50 M, an Krankengeld 6525,75 M, an Sterbegeld 640 M verausgabt. Die Einnahmen betrugen 78 245 M, die Ausgaben 68 099 M. An die Hauptkasse wurden 22 450 M gesandt. Die Summen wachsen einem unmerklich unter der Hand, man gewöhnt sich daran. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, noch nie haben die Arbeiter so viel Geld verdient wie jetzt; aber auch noch nie hatte das Geld eine so geringe Kaufkraft als jetzt, und darauf kommt es an. Mehrere Scharfmacher wollten den Nachfundament besichtigen und riefen zum Lohnabbau auf; es sind immer dieselben Leute. In Darmstadt gelang es ihnen aber nicht, und das macht ihnen großen Kummer. Als der Entscheid des Haupttarifamtes durchgeführt werden sollte, stellte man sich dumme und sagte, wir brauchen ihn nicht anzuerkennen. Anscheinend wollte man eine Kraftprobe haben. Unsere Kollegen sprachen in den größten Werkstätten vor und konnten feststellen, daß man tatsächlich mit der „Lohnsteigerung“ Schluss machen wollte, trotz des Entscheides. Wir kehrten nun aber den Spieß um und sagten, daß wenn bis morgen früh der Entscheid nicht angenommen ist, dann machen wir Schluss. Der Erfolg war, daß glatt nachgezahlt wurde. Die ganze Aufregung hätten sich die Herren sparen können und ihre Kraft für ihre inneren Verhältnisse verbrauchen sollen. Damit wäre dem Gewerbe besser gedient. Die Kollegen hatten die Genugtuung, zu sehen, daß alles auf die geschlossene und energische Tat ankommt.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Bergarbeiter hatte im Jahresdurchschnitt 1920 450 320 Mitglieder (darunter 3019 weibliche). An Eintrittten brachte das Jahr 114 577, während 35 932 von andern Verbänden übergetreten sind. Die Jugendabteilungen des Verbandes wichen am Schlusse des Jahres 8192 Mitglieder auf, die in obige Mitgliederzahl eingeschlossen

darin an. 73 Delegierte vertraten 58 Orte. Auf die Tagung selbst will ich nicht eingehen; nur eines soll erwähnt werden, daß es damals Orte mit zwölf- bis vierzehnstündiger Arbeitszeit gab und daß gerade dort die größte Armut herrschte. In Frankfurt betrug die Löhne 28 bis 36 S pro Stunde, 40 S galten als besonders hoch. Die meisten Maler sahen die Weißbinder und Anstreicher von oben herab an, besonders die, die Putzarbeiten und Häuseranstriche ausführten. Gewalt wurde sehr viel und schön, die heutige Generation hat davon meist keine Ahnung. Monatelang wurde an einer Zimmerdecke in Delfarbe gemalt, dabei war noch reiche Vergoldung. Das Holzwerk wurde entweder majestätisch oder in matter Delfarbe getrichen. Auch viel Marmoralei wurde ausgeführt. Die Stillrichtung war meist in sogenannter wissenschaftlicher Art; auch pompejanisch und altdeutsch, besonders gotisch war beliebt. Ich empfehle den Delegierten, das Opernhaus und den Dom zu besuchen. Wenn im erixeren nichts geändert ist, werden sie staunen über den Reichtum und die Art der Ausführung; das letztere gilt auch für die Malerei im Dom, die mit Ausnahme der Bilder, die in Oelmalschwarz gemalt sind, a tempera ausgeführt ist. Alle Tüchtigkeit mußte aber den Kollegen nichts, sie hatten auf den Lohn keinen Einfluß. Der Winter war lang und Arbeit sehr wenig. Erst als der Bauwindel einsetzte und Leute gebraucht wurden, da begann es in den Arbeitertöpfen langsam zu dämmern. Um die Arbeiten zu bewältigen, boten die Unternehmer höhere Löhne, es wurde öfter gewechselt. Aber die Furcherei setzte ein. Schablonenarbeit wurde in Massen geliefert und es ging mit der guten Arbeit bergab und mit den Löhnen langsam bergauf. Noch eines ist mir unübergeblieben. Als der große Hamburger Streik ausbrach, kamen viele Kollegen hierher. Sie brachten den Geist echter Kameraden mit und redeten uns mit „Du“ an; sie behielten außerordentlich unser Verbandswesen und mit Bedauern sehen wir sie später wieder scheiden. — Unsere heutige Generation kann sich in die damalige Zeit vor 25 bis 30 Jahren nicht hineinenden, für sie geht meist alles auto-

matisch. Oben legt man den wöchentlichen Verbandsbeitrag hinein, unten kommt ein Tarif mit Lohnerhöhung heraus. Unzählige Versammlungen und Besprechungen wurden in Frankfurt und Umgebung abgehalten; dabei kein Geld in der Kasse, die wenigen Mitglieder brachten jahrelang ungeheure Opfer. Der Beitrag betrug damals in den 30 Sommerwochen 25 S und in den 22 Winterwochen 10 S, ein Drittel davon blieb in der Filiale. Streiks wurden in den ersten 14 Tagen nicht unterstützt und dann nur, soweit als Geld in der Kasse war. Aussperrungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation wurden nicht unterstützt, denn es heißt in einem Beschluß der Frankfurter Generalversammlung: „Diese kommen nur bei schlechter Geschäftszeit, im Winter, zum Vorschein.“ Diese Proben genügen, um den Unterschied von heute und damals zu zeichnen. Die so opferreiche Kampfes- und Leidenszeit hätte kürzer sein können, wenn die Feigheit, die teilweise ein Resultat der Erziehung ist, nicht so groß gewesen wäre. Dieser galt besonders unser Kampf.

Als das Sozialistengesetz gefallen und die internationale Bewegung im frischen Zuge war, da ging ein Hoffen und Vertrauen durch die Arbeiterchaft wie nie zuvor; glaubte man doch, daß in kurzer Zeit das Recht siegen würde. Man glaubte, wenn jedem Arbeiter jetzt gesagt werde, was wir wollen, auch alle Kämpfer wären und dieser Macht niemand widerstehen könne. In dieser Begeisterung und Hoffnung wurden die Kräfte und Machtmittel der Kapitalisten und des Staates unterschätzt. Immerhin, die Zahl der Streiker wuchs von Jahr zu Jahr, und heute kann man sagen, die Opfer, die gebracht wurden, waren nicht umsonst. Wenn die Einigkeit und Schlagkraft nicht geschwächt wird durch den politischen Brudersreit, dann werden die nächsten Aufgaben, die durch die Kriegereignisse ungeheuer groß sind, zum Wohle der Kollegen gelöst werden. Möge die Tagung unseres Verbandes in Frankfurt dieser Aufgabe gerecht werden.

Die Gesamteinnahmen, einschließlich 14 979 410 M Vermögensbestand am Jahreschlusse 1919, betragen 57 192 654 M, während das Jahr 1919 nur 22 166 377 M Gesamteinnahme aufwies. Die Verkaufsausgabe betrug 21 834 251 M gegen 7 186 958 M im Vorjahre. Das Gesamtvermögen betrug am Jahreschlusse 35 558 403 M gegen 14 979 410 M am Schlusse des Jahres 1919. An dem Gesamtvermögen sind beteiligt: die Hauptkasse mit 30 384 061 M, während sich in den Bezirks- und Lokalkassen 5 173 342 M befanden.

Der Kassenbericht zeigt, daß die Einnahmen sehr gestiegen sind. Andererseits ist infolge der Teuerung aber auch eine bedeutende Steigerung der Ausgaben zu verzeichnen. Der Vermögensbestand hat sich wohl mehr als verdoppelt, trotzdem entfällt auf jedes Mitglied nur ein Vermögensbestand von 79 M.

Der Reichsausschuß der Krankentassenangeestellten

tagte am 2. Mai in Berlin. Er beschäftigte sich vorwiegend mit dem Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Januar 1921, durch den das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vom 21. Dezember 1920, das sogenannte Sperrgesetz, auch auf die Angestellten der Krankentassen ausgedehnt wurde. Uebereinstimmend ging die Auffassung der Anwesenden dahin, daß die Verordnung des Wohlfahrtsministers gegen die Reichsbesoldung verstößt und deshalb die Kassenvorstände nicht verpflichtet sind, diese ungeschickliche Verordnung durchzuführen. Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten wurde beauftragt, mit allen Mitteln auf die Aufhebung dieses Erlasses hinzuwirken. Einmütig war die Sitzung der Auffassung, daß der ungeschickliche Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers unter allen Umständen schleunigst beseitigt werden muß, wenn nicht für die Sozialversicherung schwere Gefahren heraufbeschworen werden sollen. Die folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

„Die Sitzung des Reichsausschusses der Krankentassenangeestellten im Zentralverband der Angestellten erhebt wiederholt gegen die Verfügung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Januar 1921, die die Anwendung des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1920 (sogenanntes Sperrgesetz) auf die Krankentassenangeestellten, bezweckt, den schärfsten Protest. Sie sieht diese Verfügung als ein Attentat auf das den Krankentassenangeestellten auf Grund der Reichsbesoldung gewährleistete Koalitionsrecht an. Bei Durchführung dieser Verfügung würden den Angestellten unter andern auch die Rechte aus dem Betriebsärztesgesetz genommen. Die Verfügung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt ist dem gleichen Geiste entsprungen, der seinerzeit bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung am Werke war, um das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten zu erdroffeln.“

Die Versammelten beauftragten den Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten, die in der Sitzung festgelegten weiteren Maßnahmen mit aller Energie zur Durchführung zu bringen.“

Sozialpolitisches.

Wie Lohnreduktionen die Krise verschärfen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise ist bekanntlich eine Absatzkrise. Die erzeugten Waren können infolge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung besser gesagt, der ungleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Kaufkraft, nicht abgesetzt werden. Es liegt auf der Hand, daß Lohnherabsetzungen die Kaufkraft der Arbeiter vermindern und daß somit die Absatzkrise weiter um sich greifen muß, falls die Produktion und damit die Befriedigung der Bedürfnisse nicht bedeutend herabgesetzt wird. Auf diesen Zusammenhang haben wir des öfters hingewiesen.

Es gibt aber auch ein anderes Moment in dieser Beziehung. Die Absatzkrise erfolgt außer insipige mangelnder Kaufkraft auch wegen der allgemeinen Unsicherheit. Niemand kauft, falls es nicht unbedingt nötig ist, wenn eine baldige Preisherabsetzung bevorsteht. Die Unternehmer kündigen fortwährend neue Lohnherabsetzungen an; demzufolge rechnen die künftigen Käufer mit einer neuen Preisherabsetzung und deswegen halten sie mit ihren Bestellungen zurück. Die Lohnherabsetzung wirkt in diesem Zusammenhang ebenso wie die Schwankungen der Wälfä. So leiten zum Beispiel amerikanische Wälfä die Absatzkrise auf dem Eisen- und Stahlmarkt aus den zu erwartenden Lohnreduktionen her. Es ist nicht nur der Fall, daß die Einschränkung der Produktion Lohnherabsetzungen, sondern auch umgekehrt, daß Lohnreduktionen, Absatzkrise und infolgedessen Einschränkung der Produktion zur Folge haben muß.

Die Anstellung von Kriegsinvaliden. Das schwierigste Problem bezüglich der Kriegsinvaliden, ihre Neueinstellung in die produktive Arbeit, wird durch die Wirtschaftskrise besonders verschärft. Nach den amtlichen Angaben der einzelnen Regierungen (mitgeteilt in einer Sonderpublikation des Internationalen Arbeitsamtes) ist die Zahl der Kriegsinvaliden in den einzelnen Ländern wie folgt: Frankreich 1 500 000, Deutschland 1 400 000, England 1 170 000, Italien 570 000, Polen 320 000, Vereinigte Staaten von Amerika 246 000, Tschechoslowakei 175 000, Oesterreich 164 000, Jugoslawien 164 000, Kanada 88 000, Rumänien 84 000, Belgien 40 000.

Die Schwierigkeiten der Einstellung der Kriegsinvaliden in die Arbeit liegen auf der Hand und brauchen nicht besonders erörtert zu werden. Es soll nur auf die berechtigten Befürchtungen der übrigen Arbeiterchaft hingewiesen werden, daß ihre Einstellung mit niedrigeren Löhnen das allgemeine Lohnniveau drücken könnte. Wir schwer die Anstellung der Kriegsinvaliden vor sich geht, zeigt sich in Frankreich, wo im Jahre 1920 die amtliche Stellenvermittlung insgesamt kaum 15 000 Kriegsinvaliden unterbringen konnte. Der französische Staat hat zum Beispiel in den letzten 4 Jahren in staatlichen Anstellungen nicht mehr als 15 917 untergebracht. Die Verbände der Kriegsinvaliden der einzelnen Länder haben infolgedessen die Forderung gestellt, eine obligatorische Anstellung von Kriegsinvaliden nach einer gewissen Skala nicht nur für den Staat, sondern auch für die Privatunternehmer verpflichtend zu machen.

Nur Internationaler Kongress hat ein Zusammengehen mit den Arbeitergewerkschaften auf der Grundlage eines gleichen Lohnes...

Engerziger wirtschaftlicher Egoismus. Mr. Schwab, der amerikanische Stahlkönig, Direktor des mächtigsten Stahlwerks...

Genossenschaftliches.

Sparen, das jeder kann. Ersparnisse zu machen, das ist eine eigene Sache.

sie dazu bei weiser Beschränkung ihrer Ausgabe in der Lage wären. Den einen wie den anderen ist jedoch der Vorteil gewisser Ersparnisse bekannt.

In welcher Weise richtig und am nützlichsten genossenschaftlich gespart wird, das zeigt die Konsumgenossenschaft 'Produktion' in Hamburg.

Literarisches.

Die Soziale Bauwirtschaft, die vierzehntägig erscheint, ist allen Arbeitern, die sich an der Lösung der Sozialisierungsfrage beteiligen wollen, nur zu empfehlen.

Stammt der Mensch vom Affen ab? Heft 3 der Sammlung sozialistischer Jugendschriften.

Büchlein mit erleuterten zeichnerischen Darstellungen ausgestattet, ist eine Fundgrube naturgeschichtlicher Belehrung.

Moskau oder Amsterdam? Von Paul Pfaffenschlager. Selbstverlag des Verfassers, Berlin 1921.

Vereinstell.

Die Mitglieder Robert Lewke, Buchnummer 101006, beigetreten am 26. Juni 1920 in Bochum und Ernst Braun, Buchnummer 47892, beigetreten am 18. Juli 1915 in Kehl...

Bericht der Hauptklasse für den Monat Mai.

Eingefandt haben: Altena 668,50 M., Altenburg 3000, Apolda 600, Augsburg 2000, Bamberg 717,55, Berlin 10 000, Beverungen 81, Bielefeld 2000, Bochum 2000, Brandenburg 2800, Braunschweig 5000, Bremen 5000, Breslau 7000, Cassel 8500, Cleve 102,80, Ebla 18 000, Cottbus 260, Cuxhaven 500, Dessau 8800, Dortmund 24 000, Dresden 10 000, Duisburg 1500, Düren 2000, Eisenach 1000, Elberfeld 10 000, Elbing 28, Flensburg 1000, Frankfurt a. M. 18 000, Freiburg 1000, Gera 2000, Göttingen 670, Grödenberg 1000, Güstrow 1000, Hagen 5000, Halle 3000, Hamborn 1000, Hamburg 5000, Hannover 10 000, Heidelberg 4670, Hirschberg 800, Hof 600, Jena 750, Kaiserlautern 1800, Karlsruhe 2600, Rattowitz 1000, Kiel 8000, Kolberg 300, Königshagen 2500, Kulmbach 1800, Landeslutz 400, Lauenburg 500, Lippstadt 600, Lübeck 4000, Lüdenscheid 500, Lüneburg 500, Magdeburg 6000, Mannheim 10 500, Marburg 1200, Meerane 1000, München 11 000, Münster 1100, Neumünster 750, Neunkirchen 400, Neustadt a. d. Haardt 600, Neuz 1000, Nordern 1402, Nürnberg 6000, Deynhagen 1500, Pforzheim 1000, Potsdam 4500, Prenzlau 200, Regensburg 900, Rostock 2500, Rosenheim 250, Singen 150, Sorau 250, Spremberg 400, Stettin 6000, Stralsund 500, Stolp 400, Swinemünde 500, Ulm 1270, Waldenburg 700, Weimar 2000, Weiswasser 600, Werdau 2000, Wilhelmshaven 1812,10, Wismar 1000, Wittenberge 300, Wolfenbüttel 800, Worms 2500, Würzburg 3000, Zwickau 2400.

Sterbetafel.

Bremen. Am 22. Mai starb nach langer Krankheit unser Kollege Wilh. Schumann im Alter von 48 Jahren. Dresden. Am 10. Mai verunglückte tödlich unser Kollege Arthur Muck im Alter von 28 Jahren.

Die Woche vom 12. bis 18. Juni 1921 ist die 24. Beitragswoche.

Nr. 22 des „Korrespondenzblatt“ liegt heute bei.

Automobillackierer

zur überred. jüngere Kraft, vollkommen bewandert in allen Arbeiten der Automobilindustrie...

1 Klotter Schriftmaler u. 1 Dekorationsmaler. Bedarf in modernem Stil u. fachkundiger Ausführung.

2 Malergehilfen. Aufst. dauernde Beschäftigung. Wilhelm Kintz, Dekorationsmaler, Weimer i. B.

Malergeschäft. an gut. Lage, mit sofortiger Beschäftigung, 2 bis 4 Gehilfen, in wegen Beschäftigung für den Jahresanfang...

Pa. Maurerhilfe, a. D. 27. A. 45. 100. Paul Kutzschmann, Leipzig, Heister, 1.

Arbeitslose. oder eine selbständige Erfindung suchende Maler, welche mit leichter Mühe zu Hause vom Tisch aus verdienen...

Selbständig arbeitender Lackierer

für Fahrradlackierung, Werkstätten für Metallbearbeitung, G. m. b. H., Oldenburg i. G.

Wilhelm Walter

Dele, Lacke, Seime. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.

Die Malerarbeiten

an vielen großen staatl. u. staatl. Bauten wurden mit mein. Universalanstrichmittel

Rockenit

ausgeführt, worüber mir glänz. Gutachten vorliegen. Verlg. Sie Muster u. Gebrauchsanweisung. Heinrich Gammay, Chemische Fabrik, Baihingen a. F. - Stuttgart.

Sieben erliegen: Farbige Wasserfarben und Leinwandfarben, 12 farbige Tafeln auf Bärenkarton, 22 1/2 x 33 cm. 22 A. franco.

Offene Stellen

werden täglich gemeldet. Es fehlt also immer noch sehr an tüchtigen Malergehilfen, die nach dem einfachen, dem besten Verfahren...

ROSPA-Maserierverfahren, D. R.-P. 324088 und dem neuesten Ritzverfahren, dem verblüffendsten ROSPA-Ritzverfahren, D. R.-P. A.;

rationell arbeiten. Und dabei ist diese Arbeitsweise so einfach und praktisch, dass sie jed. Maler in kürzester Zeit, höchst. 8 Tagen, sicher beherrscht.

Robert Oldenbruch, Kleinfeld i. Bayern. Vertretung u. Zweiglager für die Amtsh. Dresden u. Waagen: Ernst Zier, Dresden-N., Am Poppitz 26.

Malerschule Buxtehude

Größte und älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 155 Schüler, 35 Meisterprüfungen.

Zahlr. goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Silberne Staatsmedaille 1914. Wintersemester 1921/22: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse. + Akademiekurse. + Sonderkurse.

Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion. Mach. Sie sich m. der seit 12 Jahren bewährten „Deutscher Grundiertechnik“ vertraut und lesen Sie das soeben in 5. Auflage erschienene Handbuch:

„Neue ölfreie Grundiertechnik“ Mit 31 Abbildungen im Text. Von Paul Jaeger. Preis 0 A. postfrei.

Aus dem reichen Inhalt seien folgende Abschnitte hervorgehoben: Einführung in die ölfreie Grundiertechnik - Oelen u. seine Nachteile - Ausfüh. v. geölt. Fußböden - Klebende Anstriche u. ihre Härtung - Isolieranstr. auf Kriegserstarkfarben, Teer, Karb., Anilin usw. - Wiederherstell. alter u. riss. Anstriche ohne Abbeizen - Anleitungen u. Vorschriften bei Vorgebung u. Ausführung v. Anstricharbeiten aller Art.